

## Unternehmensbeteiligung am H2-Energiepark Grafrath – Fortschritt um jeden Preis?

Der Wandel hin zu erneuerbaren Energien zählt zu den drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. Kommunen spielen dabei eine zentrale Rolle, denn sie können durch lokale Projekte nicht nur zur Energiewende beitragen, sondern auch wirtschaftliche Impulse setzen. In Grafrath wurde nun eine Entscheidung getroffen, die genau diesen Anspruch verfolgt: Die Gemeinde will sich am geplanten „H2-Energiepark Grafrath“ beteiligen. Doch die Entscheidung ist umstritten – besonders aus den Reihen der Grünen Fraktion kommt deutliche Kritik. Die zentrale Frage lautet: Ist es verantwortbar, in ein Projekt mit so vielen offenen Fragen zu investieren?

Mit einer Mehrheit von 10:6 Stimmen beschloss der Gemeinderat, den Vertrag zur Gründung einer GmbH zu unterzeichnen. Der Bürgermeister wurde beauftragt, die Gemeinde offiziell als Partner in das Unternehmen einzubringen. Ziel ist es, den Aufbau eines integrierten Energieparks zu unterstützen, der Windkraft und Wasserstoffproduktion miteinander verbindet.

Die Befürworter argumentieren, dass eine frühe Beteiligung entscheidend sei, um Mitspracherechte bei Planung und Umsetzung zu sichern. Zudem verspreche man sich langfristig wirtschaftliche und ökologische Vorteile durch die Beteiligung an einem zukunftsorientierten Projekt.

Die Grüne Fraktion jedoch warnt vor einer zu schnellen Entscheidung. Ihrer Ansicht nach fehlen derzeit belastbare wirtschaftliche Grundlagen, insbesondere ein klarer Wirtschaftsplan. Ohne eine solche Basis sei die Investition mit erheblichen finanziellen Risiken verbunden. Als Alternative wird vorgeschlagen, zunächst lediglich eine Interessenbekundung abzugeben – eine in der Wirtschaft übliche Vorgehensweise, um sich zukünftige Beteiligungsmöglichkeiten offen zu halten, ohne sich sofort vertraglich zu binden.

Besonders kritisch sehen die Grünen die geplante Kombination zweier sehr unterschiedlicher Technologiebereiche: Während Windkraft als ausgereift und wirtschaftlich tragfähig gilt, steht die Wasserstoffproduktion noch vor vielen ungelösten Herausforderungen. Die Herstellung ist teuer – insb. am Standort Grafrath mit seinen sehr hohen Gestehungskosten. Fachgutachten warnen, Wasserstoff werde erst rentabel, wenn fossile Brennstoffe mehr kosten als Wasserstoff. Dies wird aus heutiger Sicht erst für die 2030er Jahre erwartet. Hinzukommt, dass es in unserer Region bisher keine Abnehmer mit den nötigen technischen Anlagen gibt, um Wasserstoff zu nutzen. Die langfristigen Perspektiven sind positiv – die kurzfristigen sehr schwierig und benötigen einen langen Atem.

Um die Risiken besser zu steuern, fordert die Grüne Fraktion daher eine betriebswirtschaftliche Trennung der beiden Bereiche. Nur so könne die Gemeinde gezielt entscheiden, in welche Technologie zu welchem Zeitpunkt investiert wird. Die aktuell geplante Verknüpfung innerhalb eines gemeinsamen Energieparks lasse diese Unterscheidung jedoch nicht zu. Damit bestehe die Gefahr, dass öffentliche Gelder in unsichere Bereiche fließen – ohne klare Kontrolle über Gewinn oder Verlust.

Zudem plant das Unternehmen, Kapital auch über Nachrangdarlehen von Bürgerinnen und Bürgern zu generieren. Ob genügend Menschen bereit sind, in ein Projekt mit noch unklaren Renditeaussichten zu investieren, ist jedoch fraglich.

Der geplante H2-Energiepark in Grafrath ist zweifellos ein ambitioniertes Vorhaben, das auf die richtigen Technologien setzt. Windkraft und Wasserstoff sind zentrale Bausteine einer nachhaltigen Energiezukunft und verdienen politische Unterstützung. Beide Technologien bieten langfristig großes Potenzial – ökologisch wie ökonomisch. Allerdings reicht es nicht aus, auf die richtigen Technologien zu setzen, wenn der Standort nicht passt. Grafrath bietet aktuell weder die nötige Infrastruktur für die Wasserstoffvermarktung noch geeignete industrielle Abnehmer. Ein solches Großprojekt gehört dorthin, wo Netzanbindung, Absatzmärkte und politische Rahmenbedingungen besser zusammenpassen.